

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den



Stadttrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 4.20 M., monatlich 1.40 M., durch die Post vierteljährlich 4.20 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Rettungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.

Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen an Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltenen Kleinschriftzeile oder deren Raum 40 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 50 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingefandt die Zeile 100 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhenndorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Porsdorf, Pöfelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshof, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 8

Bad Schandau, Montag, den 12. Januar 1920

64. Jahrgang

Anmeldung des Bedarfs an Dienstmarken für dienstliche Aktensendungen im Gewichte von 250—500 Gramm.

Vom 1. April 1920 an kommt für staatliche Behörden und Dienststellen die Einführung von besonderen Dienstwertzeichen (Dienstmarken) für dienstliche Aktensendungen im Gewicht von 250 bis 500 Gramm als Briefe zu einer Freigebühr von 60 Pfg. für alle Zonen in Frage.

Zur Berechnung des voraussichtlichen Gesamtbedarfs und zur Sicherstellung einer rechtzeitigen Lieferung werden hiermit sämtliche Behörden und Dienststellen angewiesen, bis spätestens zum 15. Januar 1920 für einen Zeitraum von 6 Monaten ihren Bedarf an solchen Dienstmarken zu 60 Pfg. ihrer zuständigen Bestell-Postanstalt anzugeben. Zur Anmeldung des Bedarfs sind von den zuständigen Post-Bestellanstalten Vordrucke zu entnehmen. Da die Ausgabe von Dienstmarken zu 60 Pfg. nach diesen Vordrucken nicht vorgesehen ist, ist von den Dienststellen die doppelte Anzahl von Dienstmarken zu 30 Pfg. anzumelden.

Nähere Bestimmungen über die Einführung und Verwendung dieser Dienstmarken bleiben vorbehalten.

Dresden, am 7. Januar 1920.

Gesamtministerium.

6779 a I
14504

Die Nahrungsmittelkarten

sind bis spätestens Dienstag in die Kundenliste eintragen zu lassen, die Kundenliste selbst sind Mittwoch an Ratsstelle abzugeben.

Schandau, am 10. Januar 1920.

Der Stadttrat.

Stadtsparkasse Schandau

vermittelt

An- und Verkauf von mündelsicheren Wertpapieren.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr, enthält eine reiche Auswahl von Werken unterhaltenden und belehrenden Inhalts der bekanntesten und beliebtesten Autoren.

Für eilige Leser.

* In den Reichetat für 1919 sind weitere 3 1/2 Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel eingeleitet worden.

* Die Valutakommission bezeichnet in ihrem Bericht als einziges durchgreifendes Mittel zur Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse die Förderung der inländischen Produktion.

* Der Gesetzesentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist vom Kabinett verabschiedet und veröffentlicht worden.

* Gerichtsweise verurteilt, daß sich das Kölner Domkapitel auf die Wahl des Fürstbischöflichen Vertram von Breslau geeinigt habe.

* Auf dem gestrigen Parteitag des bayerischen Zentrums wurde der Austritt aus der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung beschlossen.

* Wilson hat in einer Volkschaft an den demokratischen Nationalauschuss vorgeschlagen, Friedensvertrag und Völkerbund zur Hauptaufgabe der kommenden Präsidentenwahlen zu machen.

Friede.

Paris, 10. Januar. Heute nachmittag 4 Uhr unterzeichneten im Anai d'Orsay im Kabinett des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Ministerialdirektor von Simson und Frh. von Versner in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder des Obersten Rates das Protokoll vom 1. November. Sodann übergab Clemenceau die schriftliche Bestätigung über die Herabsetzung der Schadenersatzforderung für Scapa Flow. Damit ist der Friede in Kraft gesetzt.

Die nächsten Folgen des Friedens.

Der Oberste Rat in Paris beschloß ferner: Zuerst soll der Rat des Völkerbundes durch Wilson zusammenberufen werden. Dann folgt die Räumung Schleswigs durch die deutschen Truppen noch vor dem 20. Januar. Die Abstimmung in der ersten Zone Schleswigs soll noch vor dem 15. Januar stattfinden, während die Abstimmung in der zweiten und dritten Zone etwa zwei Wochen später vor sich geht. Die Liste der Angehörigen, deren Auslieferung von der Entente gefordert wird, wird noch vor dem 10. Februar eingereicht. Bis zum 10. März müssen alle Festungen in der neutralen Zone auf dem rechten Rheinufer gesäubert sein. Die deutsche Armee muß bis zum 1. April auf 100 000 Mann verkleinert werden. Die sonstigen Bestimmungen bezüglich der Herabsetzung der Bewaffnung und der Einschränkung der drahtlosen Einrichtungen müssen vor dem 10. April durchgeführt sein.

Französische Pressestimmen.

Der Wachsamkeits- und Diktatfrieden!

Zu der nun beginnenden zweiten Phase der Friedenskonferenz sagt Vertinax im „Echo de Paris“: Der Vertrag von Versailles tritt in Kraft. Wird er seine Kraft erlangen durch den Völkerbund oder durch die Bündnisse, die zwischen den Siegern abgeschlossen werden? Das ist das große einzige Problem. Lloyd George und Clemenceau haben ein direktes Einvernehmen gesucht, sie haben sich aber nicht für eins der beiden Systeme entscheiden können. Vertinax spricht dann noch von den vielen Problemen, die noch nicht gelöst seien. Er wisse nicht, was die neue Friedenskonferenz von

Paris beschließen werde, aber wenn sie nicht im Frieden dem durch den Krieg im Jahre 1914 geschaffenen Bündnisse eine konkrete Form geben könne, wobei sie als äußere Form den Völkerbund beibehalten könne, den der Friedensvertrag fordere, werde sie ein unnützes Werk vollbringen, und bevor drei Monate vergangen seien, werde die Schwäche der in Versailles geschmiedeten Waffe erkennbar sein.

Jacques Bainville sagt im „Excelsior“, von nun ab datiere die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, damit beginne ein Frieden, den man mit Recht einen Wachsamkeitsfrieden genannt habe. Für die Entwaffnung Deutschlands, für die Wiedergutmachungen, für die Räumung der der Volksabstimmung unterworfenen Zonen, für alle Handels- und Finanzabkommen werde der 10. Januar als entscheidendes Datum zu gelten haben. Er sei ein historischer Tag wie der 11. November 1918.

Debibus in der „Lanterne“ sagt, man befinde sich in Wirklichkeit einer seltenen Lage gegenüber. Als Präsident Wilson die Leitung der Friedensdebatten übernommen habe und die wichtigsten Klauseln des Friedensvertrags von Versailles diktiert (das sei das Wort, das die Lage kennzeichne), hätte niemand voraussehen können, daß er am Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages fehlen werde, Debibus wünscht, daß das Beispiel vom Sommer jenseits des Ozeans so heilsam wirke, daß die Amerikaner sich entschließen, irgendeine Entscheidung zu treffen.

Eine Wahlsparole.

An demselben Tage, an dem in Versailles die letzten Unterschriften unter den Friedensvertrag gesetzt wurden, mußte dessen eigentlicher Vater und Hauptankäufer, ja man kann, was den darin mit einbezogenen Völkerbund betrifft, sogar sagen, dessen Erfinder sich dazu entschließen, in einer Volkschaft an den demokratischen Nationalauschuss die ganze Friedensfrage als Hauptparole für die kommenden Wahlen in Vorschlag zu bringen. Er sieht darin den einzigen Weg zur Feststellung der Ansichten des amerikanischen Volkes über das Abkommen. Die Vorbehalte des Senats, soweit über sie bisher überhaupt endgültig entschieden wurde, will er bewilligen, falls sie nur den Standpunkt der Vereinigten Staaten und die Auslegung, welche Amerika den unstrittigen Punkten geben möchte, bezeichnen sollen. Eine Abänderung des Vertrages könnten die Amerikaner jedoch nicht beschließen, seine ursprüngliche Bedeutung abzuschwächen liege nicht in ihrer Macht. Die übrige Welt habe unterschrieben; beharre der Kongreß dabei, jetzt noch Änderungen des Vertrages durchzuführen, so bedeute das nichts anderes als ein neues Sonderabkommen mit Deutschland, was der Präsident als eine unfaßliche Aufgabe hinstellt. Falls die Vereinigten Staaten außerhalb des Völkerbundes bleiben, werde auf neue ein Versuch unternommen werden, die kleinen Nationen Europas zu zerschmettern. Von wem ein solcher Versuch jetzt noch, nach der Vernichtung der drei großen europäischen Kaiserreiche, ausgehen könnte, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit; wenn Herr Wilson der ehrliche Mann wäre, als der er außerhalb der Vereinigten Staaten leider Gottes viel zu lange gegolten hat, dann müßte er wahrheitsgemäß hinzufügen, daß höchstens die neuen kleinen Staaten Europas sich gegenseitig aufreissen könnten. Oder sollte er etwa daran gedacht haben, daß ihnen von englischer oder französischer Seite her Gefahr drohen könnte? Auf so lächerlichen Gedanken wird doch ein braver „Alloziterer“, selbst wenn er hinter diese Eigenschaft bereits ein a. D. hat leben lassen, nicht gut kommen dürfen. Also wird es dem armen Präsidenten wohl nur um ein bißchen Stimmengang zu tun gewesen sein.

Es scheint aber, als wenn auch dieser Prophet im eigenen

Land nichts mehr gelten soll. Sein früherer Staatssekretär und Parteigenosse Bryan trat der von Wilson empfohlenen Wahlsparole auf dem Bankett des demokratischen Nationalauschusses sofort entgegen. Nach seiner Meinung müsse die Partei die zur Sicherung der Ratifikation des Friedensvertrages notwendigen Ausgleich annehmen. Selbst wenn aber der Rat des Präsidenten von seiner Gefolgschaft befolgt wird, so stehen wir hier vor dem Zusammenbruch einer Politik, wie er sich dem schmachvollen Ausgang der ganzen Friedensarbeit des ehemaligen deutschen Kaisers nur würdig an die Seite stellen kann. Hier, bei uns, war es ein „autokratisches“, ein „absolutistisches“ System, das persönliche Regime, vor dem jedermann heutzutage sich bekrugigt, obwohl es in früheren Zeiten doch auch schon bessere Früchte gezeitigt hat. Dort, bei Herrn Wilson, war es der Ausfluß höchster, mit allen Weihen der vollendetsten Demokratie geschmückter Staatskunst, durch die die Welt für Zeit und Ewigkeit von ihren elenden Gebrechen kuriert werden sollte. Beide Methoden sind gescheitert. Woraus folgt, daß es nicht die politischen Formen sind, unter denen die Politik unserer Lage getrieben wird, auf die es ankommt. Der richtige Geist muß es wohl sein, der im Völkerleben ebenso entscheidet wie im Leben des einzelnen. Herr Wilson hat sich, was das Wollen und Denken seines Volkes betrifft, einer falschen Einschätzung schuldig gemacht, hat geglaubt, daß die künstlich entachtete Suggestion gegen Deutschland als den leidhaftigen Gottseibeiuns unter den Nationen den Krieg überdauern werde, daß die Amerikaner es sich zur Ehre anrechnen würden, stets und überall den Schiedsrichter zu spielen. Darin hat er sich gründlich geirrt, und die Folgen dieses Irrtums wird er nicht von sich und seinem Werk abzuwenden vermögen.

Zwischen sind Clemenceau und Lloyd George als erste Sieger auf der Wahlstatt geblieben. Sie werden unbestimmt um die Vereinigten Staaten fortfahren, die Früchte des Versailler Vertrages einzuheimen. Die Vaterschaft des Herrn Wilson wird sie dabei nicht im mindesten genieren.

Präsidentenwahl in Frankreich.

Der kommende Mann und die früheren Präsidenten. Am 17. Januar werden die zur Nationalversammlung vereinigten beiden Kammern der Französischen Republik, der Senat und die Deputiertenkammer, die für diesen besonderen Zweck den Namen „Kongreß“ annehmen, im Schloß zu Versailles zusammentreten, um nach Stimmenmehrheit auf sieben Jahre den neuen Präsidenten der Republik zu wählen. Wer wird der Erwählte des Volkes von Frankreich sein? Der sicherste Tip lautet immer noch Eugène Clemenceau, zumal wenn dieser interessanteste aller europäischen Staatsmänner wirklich den Wunsch und Willen kundgegeben haben sollte, in die „höhere Rangklasse“ aufzurücken und sich für seine ganz alten Tage auf den Ruhefuß, den der Präsidentenstuhl in Frankreich darstellt, zurückzuziehen. „Man hat mich zum Präsidenten bestimmt“, soll der grimme „Tiger“ dieser Tage geäußert haben, und seine Trabanten werden diesen Wink mit dem Zaumfahl gebührend zur Kenntnis nehmen und respektvoll danach handeln. Die in Betracht kommenden andern Faktoren aber werden sicherlich erleichtert aufatmen, wie sie den furchtbaren Mann auf diese vornehme Weise endlich los werden und durch die Altersversorgung der Präsidentschaft für immer kaltstellen können. Womit beileibe nicht gesagt werden soll, daß Clemenceau als Präsident nur eine Puppe von der Art des Herrn Poincaré sein würde. Er müßte nicht Eugène Clemenceau heißen, wenn er ein